

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2300-2307

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wo bleibt die Rechenhaftigkeit?

Die Zuwendungen an die Ruhrindustrie.

Herr Dr. Becker und die Regierung haben entrüstete Erklärungen erlassen, als das Berliner Tageblatt im Zusammenhang mit dem 700-Millionen-Fonds die Geldhergabe der Hila an die Kohlenindustrie erörterte.

Als Antwort darauf rollt das Berliner Tageblatt den ganzen Fragenkomplex der Ruhrfinanzierung während des Ruhrkampfes auf. In der Ausgabe der Gelder waren das Reichswirtschaftsministerium, das Reichsarbeitsministerium und das Reichsfinanzministerium beteiligt.

Sowohl das amtliche Dementi wie auch Dr. Becker verschweigen, daß Ende Februar 1923 dieser Hila eine Kredithilfe für die besetzten Gebiete angelehnt worden ist. In den Richtlinien, die von dieser Kredithilfe ausgehen wurden, steht unter Ziffer 4 das Folgende: Die Darlehen dürfen ausschließlich zur Behebung wirtschaftlicher Schwierigkeiten der Betriebe verwendet werden.

Im Anschluß daran stellt das Berliner Tageblatt folgende Fragen:

Erstens: Wieviel Gelder hat diese Kredithilfe beim Reichswirtschaftsministerium im Laufe des Ruhrkampfes von der Reichsbank angefordert?

Zweitens: Welche Firmen haben, was aus den Büchern der Kredithilfe ohne weiteres zu entnehmen ist, Gelder und in welcher Höhe erhalten?

Drittens: In welchen Fällen ist die Hila an Gewinnen der mit Kredit bedachten Unternehmungen beteiligt worden?

Zur Lohnsicherung werden folgende Fragen aufgeworfen:

Erstens: welche Maßnahmen ergriffen worden sind, um festzustellen, ob tatsächlich diese Lohnsicherung lediglich der Fortführung des Betriebes gedient, oder ob und welche Betriebe diese Lohnzuwendungen dazu benutzt haben, ihre Unternehmungen auszubauen, zu ergänzen oder zu erweitern.

Zweitens: ob in diesem Falle bei den Ende vergangenen Jahres ausgezahlten Ruhrsicherungen auf diese Tatsache entsprechende Rücksicht genommen ist.

Wir selbst haben diese Fragen mit einer Reihe weiterer Fragen mit aller Deutlichkeit gestellt. Wir haben die Regierung aufgefordert, der Öffentlichkeit Rechenhaftigkeit zu geben über die gesamte Ruhrfinanzierung.

Verdunkelung und Schweigen stiftet nur den Verdacht, daß im großen Stille zugunsten der Kohlenindustrie das Volksermögen geraubt worden ist.

Aber wo bleibt die bezelohnte Dentschrift?

auf mehrfache Erkundigungen ausdrücklich geantwortet hat, sie sähe bisher keinen Grund, gegen Richter vorzugehen. Noch heute hätte diese Erklärung amtlich wiederholt. Das Urlaubsgesuch Richters und seine Genehmigung dient also lediglich dem Zweck, die für notwendig gehaltene Klärung zu erleichtern.

Die durch einzelne Blätter verbreitete Nachricht von der Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Polizeipräsidenten entbehrt jeder Grundlage.

In diesem Zusammenhang darf aber doch noch einmal ausgesprochen werden, daß die Barmats jetzt schon sechs Wochen in Untersuchungshaft sitzen, ohne daß die Staatsanwaltschaft in der Lage wäre, auch nur mitzuteilen, welchen Vergehens gegen welche Bestimmung des Strafgesetzbuchs sie beschuldigt werden.

Heute ist es soweit gekommen, daß jeder Sozialdemokrat öffentlich des Diebstahls an silbernen Löffeln oder ähnlicher schöner Dinge beschuldigt werden darf, und daß man ihm dann den Beweis dafür zuschiebt, daß die Beschuldigung unwahr ist. Die von den Schwerindustriellen zur Vertretung ihrer Interessen ausgehaltene Presse überschlägt sich geradezu in Erfindung immer neuer Anschuldigungen in der Erwartung, daß zehn Berichtigungen den ersten Eindruck solcher verleumderischen Behauptungen nicht verwischen können.

Wenn von „Unmoral“ irgendwo geredet werden darf, dann bei diesem System der politischen Verleumdung und Verdächtigung!

Französischer Parteitag.

Schlussitzung.

Grenoble, 13. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der sozialistische Parteitag trat am Donnerstag nachmittags 3 Uhr zu seiner Schlussitzung zusammen. Er nahm zunächst den Bericht der Verwaltungskommission und der übrigen Kommissionen entgegen. In die französische Delegation für die Internationale wurden Braque, Renaudel und Longuet gewählt.

Der Parteitag ging dann zur Abstimmung über den Bericht der Kammerfraktion über und ließ ihn mit 2642 gegen 142 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen gut. Eine längere Diskussion entstand lediglich über die Wahlreform. Mit 2201 Stimmen gegen 463 billigte der Parteitag endgültig das Verhältniswahlrecht. Doch mußte sich der Parteitag für den Fall, daß die Verhältniswahl in der Kammer keine Mehrheit findet, zwischen der Arrondissement- (Kreis-)wahl und der Listenwahl entscheiden.

Paris, 13. Februar. (M.B.) Zu den Beschlüssen des sozialistischen Parteitages in Grenoble schreibt „Ere Nouvelle“, der Parteitag bleibe nicht nur dem Kartell vom 11. Mai treu, er wolle den Nutzen des Sieges durch eine gesunde und überlegene Beteiligung an dem geschichtlichen Werk der Mehrheit und durch eine weitgehende Anstrengung im ganzen Lande einheimen. Die anderen Linksparteien würden nicht verfehlen, sich das als Lehre dienen zu lassen.

Die Verluste des Weltkrieges.

Schlagende Wetter der „großen“ Politik.

Von Dr. Julius Rosen.

Je mehr die Zeit vorrückt, die uns vom Weltkriege trennt, desto plastischer hebt sich das Bild ab, das Vergangenheit und Gegenwart gewähren, und es bleibt jedem Einzelnen wie der Gesamtheit überlassen, die Zukunft sich auszumalen, für die Vergangenheit und Gegenwart die Unterlagen gegeben. Man wird es deshalb begrüßen, daß in dem „Reichsarbeitsblatt“ Regierungsrat Förster auf Grund amtlichen Zahlenmaterials eine ausführliche Darstellung der Verluste im Weltkriege gibt.

Wenn man sich vor Augen führt, daß die Zahl der direkten Teilnehmer am Weltkriege, d. h. der zum Heeresdienste Einberufenen auf 75 Millionen geschätzt wird, überkommt einen ein unennbares Grauen. Und wenn man die Verlustziffern sich vergegenwärtigt, an denen noch mehr wie die anderen Länder Deutschland seinen Anteil zu tragen hat, so muß man sich in innerster Seele getroffen und erschüttert fühlen.

Nur sehr langsam und dann stückweise, in Absätzen, sind die Ziffern bekanntgegeben worden, als hätte man eine begreifliche Scheu vor dem Bekanntwerden der ganzen Wahrheit. Auf etwa 1 800 000 wurde vor kurzem die Zahl der Gefallenen, soweit Deutschland in Frage kommt, geschätzt. Jetzt hat sich die Zahl auf etwa 2 055 000 erhöht. Das rührt zum Teil daher, daß man sich endlich dazu entschlossen hat, die sogenannten Vermissten, die bisher merkwürdigerweise amtlich noch immer zu den Lebenden gerechnet werden, als das zu nehmen, was sie wirklich sind, nämlich als Tote.

Verhältnismäßig geringfügig erscheint demgegenüber die Zahl der gegenwärtig rentenberechtigten Beschädigten der Welt, die zurzeit — bei den festgestellten Änderungen und Schwankungen, die gerade hier naturgemäß eintreten und demzufolge eine genauere Feststellung sehr schwierig machen — auf etwa 7 bis 8 Millionen geschätzt wird. Dieses Resultat erklärt sich daraus, daß viele der Verwundeten eben nur so geringfügige Verletzungen erlitten haben, daß sie für den Bezug von Rente nach den gesetzlichen Vorschriften verschiedener Länder ausbleiben.

Die Zahl der Hinterbliebenen aller Staaten (Witwen, Halbwaisen, Vollwaisen und Eltern) dürfte nach Förster zurzeit auf rund 12 bis 15 Millionen zu schätzen sein. Auch hier verzieht sich selbstverständlich das Bild von Tag zu Tag infolge Abgang durch Tod, Wiederverheiratung usw.

Die schwersten Verluste hat naturgemäß Deutschland zu verzeichnen. Festgestellt sind rund 1 835 000 Todesfälle beim Landheer, circa 35 000 Todesfälle bei der Marine und gegen 15 000 Todesfälle bei der Schutztruppe. Rechnet man dazu noch etwa 170 000 Vermisste, die auf das Konto „tot“ verbucht werden müssen, so kommt die oben bereits angegebene Ziffer von rund 2 055 000 Gefallenen heraus. Von den Toten belief sich u. a. die Zahl der im Alter von 20 bis 21 Jahren Stehenden auf 935 Proz. der Gesamtzahl, im Alter von 21 bis 22 Jahren 8,16 Proz. Die Zahlen ergeben, daß für Deutschland die verlustreichsten Zeiten die ersten Monate des Feldzuges waren und die Frühjahrsoffensive 1918 im Westen. Namentlich die letztere Tatsache redet eine lehrreiche und furchtbare Sprache, inwiefern man ja schon damals und gerade damals in der obersten Heeresleitung ganz genau wissen mußte, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen war.

Auf der Gegenseite hat Frankreich am meisten gelitten. Verlust 1 359 000 Mann weiße und 67 000 Mann farbige Truppen. Dann folgt England mit rund 946 000, Serbien mit 690 000, Italien mit 497 000, Belgien mit 115 000 und Amerika mit 57 000 Toten. Nicht festzustellen sind bis jetzt die Verluste Rußlands, die sicherlich eine furchtbare Höhe erlitten haben, und Rumaniens.

Verwundungen waren auf deutscher Seite rund 4 248 000 gezählt, und zwar beim Landheer 4 216 000, bei der Marine 31 000 und bei der Schutztruppe etwa 1300. Bei Frankreich inkl. Kolonien beträgt die Ziffer etwa 2 700 000, bei England einschließlich Kolonien 2 122 000, Italien 949 000 und Amerika 246 000.

Ein Krieg, zumal ein verlorenener, wirkt sich natürlich noch lange aus. Da sind zunächst die Kriegsbeschädigten, die je nach Art ihrer Verletzungen und auch ohne solche in ihrem Gesundheitszustand und damit ihrer Erwerbsfähigkeit mehr oder weniger hart mitgenommen sind und vom Staate ganz oder zum Teil Hilfe zu verlangen berechtigt sind. Für die anderen am Kriege beteiligten Staaten fehlen zurzeit noch die Unterlagen. Was speziell Deutschland anbelangt, so gab es im Jahre 1920 etwa 15 370 000 Beschädigte. Nach Abfindung eines Teiles, und zwar nach Abfindung der um 10 v. H. in ihrer Erwerbsfähigkeit geminderten Beschädigten, blieben 1 275 000 Versorgungsberechtigte. Im Jahre 1923 wurden wiederum eine Anzahl Beschädigter abgefunden. Augenblicklich sind neue Zählungen nach einer anderen Methode im Gang, deren Resultate noch nicht genau feststehen. Nach einer vorläufigen Zählung der Kemter vermindert sich die Zahl der Beschädigten von 800 000 auf 772 080. Von diesen waren rund 408 990 leicht und 312 670 schwer beschädigt.

Die Art und Weise der Rentenbemessung ist im einzelnen natürlich sehr verschieden. Maßgebend ist dabei in erster Reihe der Grad der Erwerbsfähigkeit. Ver-

Die Regierungsbildung in Preußen.

Die Deutschnationalen für christliche Volksgemeinschaft.

Die Deutschnationale Landtagsfraktion hat an den preußischen Ministerpräsidenten Marz ein Schreiben gerichtet, in dem die Frage, ob die Fraktion zur Beteiligung an einer Regierung der Volksgemeinschaft bereit sei, dahin beantwortet wird:

Wir nehmen Bezug auf die grundsätzliche Erklärung der deutschnationalen Reichstagsfraktion vom 8. Oktober 1924, die ausdrücklich das Eintreten der Deutschnationalen Volkspartei für die Volksgemeinschaft als Zusammenfassung aller auf christlichem, nationalem und sozialem Boden stehenden Volksträfte betont. Wir sehen voraus, daß die zu einer Regierung der Volksgemeinschaft in Preußen sich zusammenschließenden Parteien die vor schweren Aufgaben stehende Reichsregierung in lokaler Zusammenarbeit unterstützen und sich in der preußischen Politik zu folgenden Zielen bekennen:

- 1. Christliche Jugenderziehung und Durchdringung des ganzen Volks- und Staatslebens mit christlichem Geist;
2. Aufrechterhaltung geschichtlich begründeter Verpflichtungen des Staates zum finanziellen Eintreten für die christlichen Kirchen, bei voller Wahrung ihrer durch die Reichsverfassung gewährleisteten Selbstständigkeit;
3. Ablehnung des mit der Volksgemeinschaft nicht verträglichen Klassenkampfgedankens;
4. Pflege vaterländischen Denkens; pflegliche Behandlung aller auf gesetzlichem Boden stehenden nationalen Bestrebungen.

Es zeigt sich, daß die Verhandlungen der Mitte mit der Rechten immer wieder zu denselben Manövern führen. Genau wie die Kommunisten mit den Schlagworten „proletarisch“ und „revolutionär“ arbeiten, arbeitet die Rechte mit den Schlagworten „christlich“ und „vaterländisch“ zu sogenannten Entlarvungszwecken. Der Schwindel ist in beiden Fällen genau derselbe.

Wenn sich Herr Marz auf Diskussionen über solche Schlagworte einlassen wollte, dann wäre zu befürchten, daß seine Kabinettsbildung noch sehr lange dauernd wird.

Der Polizeipräsident beurlaubt.

Auf eigenen Wunsch.

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, hat der preussische Minister des Innern Severing ein Urlaubsgesuch des Berliner Polizeipräsidenten Richter genehmigt.

Die Beurlaubung erfolgte auf Grund des folgenden Schreibens, das der Polizeipräsident an seinen vorgelegten Minister gerichtet hat:

„Im Interesse des mir anvertrauten hohen Amtes bitte ich ergebenst, mich bis auf weiteres zu beurlauben. Ich hoffe, damit auch die völlige Aufklärung der fortgesetzt gegen mich erhobenen Angriffe — und meiner Ueberzeugung nach — völlig haltlosen Verdächtigungen zweckdienlich zu fördern. Meine Vertretung wird mein ständiger Stellvertreter, der Vizepräsident Roll, übernehmen.“

Richter, Polizeipräsident. Durch diesen Schritt hat der Polizeipräsident den Weg freigemacht, auf dem jetzt endlich einmal eine der vielen verleumderischen Verdächtigungen erwiesen werden könnten, wenn sie beweisbar sind.

Bis jetzt liegt, wenn wir richtig informiert sind, weder beim Minister des Innern, noch beim Justizministerium eine Mitteilung der Staatsanwaltschaft vor, daß sie Anlaß oder gar die Absicht hätte, ihr Ermittlungsverfahren auf den Polizeipräsidenten Richter auszudehnen. Wir glauben sogar zu wissen, daß die Staatsanwaltschaft dem Ministerium

hältnismäßig hohe Entschädigung erhalten solche Beschädigte wie Blinde, Geistesranke, Doppeltbeschädigte, die infolge der Art ihrer Beschädigung nicht imstande sind, sich allein zu erhalten, vielmehr eine zweite Person gebrauchen. Es handelt sich hier um etwa 2 Proz. der Beschädigten, die eine besondere Pflegezulage erhalten. Auch der frühere Beruf spielt eine Rolle bei der Bemessung der Rente. Im ganzen sind laut amtlicher Statistik in ihrer Erwerbsfähigkeit gemindert:

um 20 vom Hundert 40,5 der Beschädigten	
40	16,2
50	17,7
60	9,1
70	7,8
80	3,5
90	0,7
um mehr als 90	4,5

Verheiratet waren von den Schwerbeschädigten etwa 75 Proz.

Die Zahl der zu versorgenden Kinder beträgt rund 950000. — Frauenzulage, die nur an Schwerbeschädigte gegeben wird, wurde in zirka 235 250 Fällen gegeben.

Die Zahl der Hinterbliebenen wurde nach Behauptung des vorliegenden Berichts bis jetzt etwas zu hoch geschätzt, wie denn überhaupt der genannte Bericht dann und wann den Umfang des Unglücks etwas herabzumindern sich bemüht. Die Zahl der **Waisenkinder** und **Beihilfsempfänger** ist, wie der Bericht zugeben muß, größer als bisher geglaubt wurde. Im einzelnen mögen nachstehende Zahlen das Bild vervollständigen:

Witwen mit 30 vom Hundert der Vollrente	39 350
50	267 090
60	59 700
Halbwaisen	969 640
Vollwaisen	65 320
Elternpaare	62 140
Elternalle	131 350
Witwenbeihilfsempfänger	6 440
Halbwaisenbeihilfsempfänger	2 770
Vollwaisenbeihilfsempfänger	150

Daß die Zahl der **Witwen**, namentlich der erwerbsfähigen Witwen, verhältnismäßig nicht allzu hoch ist, erklärt sich daraus, daß viele sich wieder verheiratet haben. Etwa 30 v. H. der Gesollenen waren verheiratet. Daraus ist zu folgern, daß die Zahl der Witwen ursprünglich etwa 600 000 betragen hat, und daß etwa 200 000 dieser Frauen sich wieder verheiratet haben. Von diesen Heiraten dürfte der größte Teil auf die ersten Jahre nach dem Kriege entfallen. Vom 1. Januar 1923 bis 5. Oktober 1924 betrug die Zahl der Wiederverheirateten etwa 26 000. Zusatzrente erhalten zurzeit rund 77 v. H. der erwerbsunfähigen Witwen, 83 v. H. der väterlosen Waisen, 90 v. H. der elternlosen Waisen und sämtlicher Eltern.

Bei aller Sorgfältigkeit der Berechnung — und wo der Fiskus zahlen soll, ist diese Berechnung erfahrungsgemäß besonders sorgfältig, ausgenommen, wo es sich etwa um Ruhrindustrielle handelt — bleiben an 2,4 Millionen Beschädigte, Witwen, Waisen und Eltern, denen der Staat ganz oder teilweise Versorgung zu geben verpflichtet ist. Nach dem Stand vom 1. November des vorigen Jahres muß mit einer jährlichen Ausgabe von rund 900 Millionen gerechnet werden. Dabei sind die Kosten für Heilbehandlung und die Ausgaben für die Pensionen der Offiziere und Beamten des ehemaligen Heeres noch nicht einmal mitberechnet.

Das ist ein Bild aus einer Welt voller Widersprüche. Borgefremt sind auf Zeche „Minister Stein“ 129 Männer auf dem Schlachtfeld der Arbeit gefallen, und jedermann stimmt der Forderung zu, daß, soweit Menschenkraft

dazu überhaupt ausreicht, solche Katastrophen verhütet werden müssen.

Wenn Menschen, gebildete Europäer, ein Unglück herbeiführen, das hunderttausendmal soviel Opfer fordert wie das von der Zeche „Minister Stein“ — ist das dann wirklich ein Element der von Gott geordneten Ordnung?

### Vier Fragen.

#### Hinter den Kulissen des Magdeburger Prozesses.

Das „Berliner Tageblatt“ richtet an den deutsch-nationalen Parteisekretär in Darmstadt, Frhrn. v. Forstner, der im Magdeburger Prozeß als einer der deutsch-nationalen Kronzeugen auftrat, folgende vier Fragen:

1. Ist es richtig, Herr Baron, daß Sie mit dem Zuchthäuser Isidor Kreil in Telegramm- und Briefverkehr gestanden haben?

2. Ist es richtig, Herr Baron, daß Sie den Zuchthäuser und Deserteur Isidor Kreil mit Geld unterstützt, ihm beispielsweise am 24. November 1924 zweihundert Mark übersandt haben?

3. Ist es richtig, Herr Baron, daß Sie den Zuchthäuser, Deserteur und Räterepublikaner Isidor Kreil brieflich um ein Passbild zur Besorgung jenes Passes ersucht haben, auf Grund dessen er dann wegen Passfälschung in der Schweiz und später von der badischen Grenzpolizei verhaftet worden ist?

4. Ist es endlich richtig, Herr Baron v. Forstner, daß Sie den Zuchthäuser, Deserteur, Räterepublikaner und Arrenanstaltsinsassen Isidor Kreil dringend ersucht haben, das wertvolle Material über den Reichspräsidenten noch vor den Dezemberwahlen zu beschaffen, weil Sie sonst keine Geldmittel bekommen würden, und haben Sie ihm geschrieben, wenn Sie nicht liefern, dann seien auch keine Kreise für eine Finanzierung zu haben?

Der Forstner und seine Partei haben es bisher vorgezogen zu schweigen. Aber diese Herrschaften werden unter Umständen gezwungen werden müssen, Farbe zu bekennen. Im Fall Syrig ist es gerichtsnotorisch, daß einer der Hauptagenten der deutsch-nationalen Partei, jener jamose Pastor Koch, unter sehr auffälligen Umständen einen offenkundigen Lumpen zu einer unhaltbaren Zeugenaussage gegen den Reichspräsidenten veranlaßt hat.

Jetzt stellt sich heraus, daß ein zweiter Agent der deutsch-nationalen Partei, der zu gleicher Zeit während des Prozesses als Zeuge auftrat, dasselbe Manöver mit einer Person verfuhr, bei der es von vornherein feststand, daß sie ein minderwertiges Subjekt und eine verbrecherische Natur war.

Welchen Wert hat unter diesen Umständen die Zeugenaussage eines Forstner noch?

Aber die Angelegenheit hat auch eine kriminelle Seite. Im Fall Syrig-Koch war der Verdacht einer Verleitung zum Meineid nicht von der Hand zu weisen. Im Fall Forstner-Kreil liegen nach den Andeutungen des „B. L.“ die Dinge noch schlimmer. Danach hat der Forstner den Isidor Kreil zur Aussage gegen den Reichspräsidenten zu laufen versucht. Es besteht weiter der Verdacht, daß der Forstner dem Kreil zu einem falschen Pass verhilfen hat. Sind das Lappalien, die nicht der Aufklärung bedürfen?

Dem Reichspräsidenten ist in Magdeburg ein schweres Unrecht zugefügt worden, das wieder gut gemacht werden muß. Die Fälle Koch-Syrig und Forstner-Kreil beleuchten die Hintergründe des Magdeburger Prozesses. Sie stellen die deutsch-nationale Partei auf das empfindlichste bloß. Eine Regierungspartei, die übliche Subjekte aus dem Verbrechertum auf den Reichspräsidenten hegt, ist eine Belastung für einen Staat nach innen und außen, die untragbar ist. Die deutsch-nationale Partei hat zum Fall Koch-Syrig geschwiegen. Sie schweigt zum Fall Forstner-Kreil.

Um so dringender wird die Aufklärung!

### Untersuchungsausschuß des Reichstags.

#### Die Wiederholung der preussischen Untersuchung.

Der zur Untersuchung in der Kreditaffäre eingeleitete Ausschuß des Reichstages begann heute vormittag seine eigentlichen Verhandlungen mit der Vernehmung des jetzigen Botschafters in Washington, n. Kallzahn, der von Weihnachten 1917 bis April 1919 Legationrat bei der deutschen Gesandtschaft im Haag war. Seine Aussagen, die sich auf die Bemerkungen in den Akten, eine viermalige Zusammenkunft mit Julius Barmat und auf Hörensagen stützen, gipfeln darin, daß Barmat der Typus eines Kriegsgewinners sei. Neuartig und von ganz besonderem Interesse aber ist es, daß nach den Akten des Auswärtigen Amtes bereits das kaiserliche Deutschland in lebhafter politischer und geschäftlicher Verbindung mit Barmat gestanden hat. Das republikanische Deutschland hat also auch in diesem Falle eine Erbschaft des alten Regimes übernommen. Es steht allemal fest, daß Barmat unter der Regierung des Grafen Hertling dazu ausersehen war, die politischen und wirtschaftlichen Verbindungen der damaligen Regierung der Ukraine mit der Rada fest zu knüpfen. Vorher war er auch in politischer journalistischer Mission in Holland tätig. Die ungünstigen Auskünfte der deutschen Gesandtschaft im Haag, die zu dem Urteil des Herrn v. Raltzahn über Barmat führten, gründeten sich vor allem darauf, daß Barmat große Lebensmittelfirmen gemacht und daran viel verdient habe. Diese Lebensmittelfirmen sind aber schon für das kaiserliche Deutschland getätigt worden für die Versorgung von Heer und Marine.

Erst später wendete sich das Blatt. Es wurde berichtet, daß die Firma „Amegima“ jetzt nur reelle Geschäfte mache, trotzdem aber sei vor einer Verbindung mit ihr zu warnen. Ein Bericht des Chefs des Admiralsstabs der Marine an den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes vom 25. April 1918 deckt sich aber vollkommen mit dem früheren Bild Barmats. Dann aber, so stellt der Vorsitzende fest, kam ein Bericht Rosens an Freiherrn von Hertling, worin Barmat gegenüber „wohlwollende Zurückhaltung“ empfohlen wurde. Am 25. März 1919 wurde in einem Schreiben des Unterstaatssekretärs Töpfer an die Poststelle mitgeteilt, daß ein wirtschaftliches Interesse Deutschlands bestünde. Weiter verliest der Vorsitzende das bekannte Telegramm Barmats an Bode und berührt die „Anheimstellung“ aus dem Bureau des Reichspräsidenten, Barmat das Bismar zu erteilen. Am 24. Juni 1919 verwandte sich Abg. Hellmann beim auswärtigen Minister, damals Hermann Müller, um Einreiseerlaubnis für den ältesten Bruder Julius Barmats, der aus Lodz in Geschäften der Amegima nach Berlin kommen wollte.

Weiter verliest der Vorsitzende aus den Akten ein Schreiben Hermann Müllers an die Gesandtschaft im Haag, über Beschwerden des Abg. Hellmann darüber, daß Julius Barmat Grenzübergriffe gemacht würden. Die Gesandtschaft stellte das in Abrede. Die Untersuchung verließ im Sande. 1920 fragte Bauer im Ernährungsministerium (Dr. Hermes) an, was gegen Barmat vorliege, so daß sich das Ministerium weigerte, weiter mit ihm in Verbindung zu treten. Bauer sprach dann auch persönlich im auswärtigen Amt vor, um sich für ein Dauervisum für Barmat zu verwenden. Das Generalkonsulat Amsterdam wurde zu neuem Bericht aufgefordert, erwiderte aber, alle Auskunftsfirmen weigerten sich, schriftlich Auskunft zu geben, da sie geschäftliche Schädigungen befürchteten. Dazu bemerkt der Vorsitzende, in den Akten über Barmat stehe stets „Streng vertraulich!“ Das werde damit begründet, daß man nach Barmats Veranlassung eine Schädigung sicher zu erwarten habe, wenn man ihm etwas nachsage.

Gegen 1 Uhr mittags wurde die weitere Beratung auf morgen 10 Uhr vormittags vertagt.

Schüsse im Parlament. In der türkischen Nationalversammlung verlegte der Abg. Halid Pascha den Abg. Mi Ben leicht durch Schüsse. Er selbst wurde durch einen von unbekannter Hand abgegebenen Schuß ernstlich verwundet.

Neue amerikanische Goldtransporte an die Reichsbank. Die Morgan-Bank hat wiederum zweieinhalb Millionen Dollar in Gold an die deutsche Reichsbank abgehandelt.

### Glückauf.

Der Bergmann fährt in das nachtschwarze Grab Wohl jeden frühen Morgen hinab. Ciegt in den tiefenden, hiebrnden Stollen. Manchmal hört er die Erde groffen Und fernher Wasser gurgelnden Lauf. Er hebt seine Hand und fürchtet sich nicht Und macht keine Schicht. Glückauf!

Die oben im Licht sehen Sonne und Stern. In goldenen Palästen thronen die Herrn. Sie füllen die Becher, die schimmernd vollen Und hören niemals die Erde groffen Und fernher Wasser gurgelnden Lauf. Um sie ist Friede und blühendes Licht. Sie fürchten sich nicht. Glückauf!

Heber hundert Mann, sie führen hinab Und kommen als Tote aus nachtschwarzem Grab. Aus Kinderaugen die Tränen entrollen Wohl in die Becher, die schimmernd vollen. Ein Unglück! Die Herren nehmen in Kauf. Nehmt, Brüder, die Hand und macht eure Schicht, Und fürchtet euch nicht! Glückauf!

Max Barthel.

### „Bruder ... über Tag ...“

Diese Schilderung kommt von einem jungen Arbeiter, der längere Zeit im Bergwerk gearbeitet hat.

Seitfacht. In langer, soldatisch anonymer Reihe schlurten sie zum Fördertoch, um sie in riesigen Lackfarben ein grauer Eisenkrans. Kein Mensch unter ihnen, nur die wachbleiche, übermächtig lahle, zuckende Resopität schmaler Gesichtermasse. Einer stößt die Faust hoch, spuckt zur Seite, zischt einen Fluch, wird vorn verschluckt. Sammelmarten Hirren, der Korb tracht zu, eine Glocke schrillt hart, draußen leckt die Sonne blutrot in der Kohlenqualm und von den Bergen drüben winken schwerere Kornfelder goldgelbe Gräbe. Noch ein trostloser Himmelstegen: Seilschort

Siebenhundert elende Meter in einer Minute! Der Wind stößt in die Kleider, wir drängen uns wirt zusammen. Es stinkt nach Knoblauch und verborbene Bier, einer laut einen neuen Priem ab.

Wir fallen ... Lichter lausen auf ... jagen höher ... „Halloju-huuuuuh!“ ... heult die Tiefe.

Auf dritter Sohle: Weit gewölbte Wände, im blanken Lichtermeer: Schienen, gestürzte Wagen, Kohlenzüge, Hölzer, Maschinen, aufgestapelte Ziegel, Steine. Arbeiter hocken an den Wänden entlang und warten auf ihren „Kumpel“. Gepreßte Luft drängt in die gelocherte Erde hinaus. Hinten im Stollen tanzen irrend Lichter.

Wir stolpern über die Schienen ins Revier hinaus. Schilder wegweisen. Rechts blinkt die Wasserstraße. Die „Kumpels“ sind müde, nur einer trachtet vorn wie „Versammlung, Partei“, und seine Lunge pfeift Sterbensmelodien dazu. Die Lampen schwanken im Takt, lang zuckeln die Schatten hin.

Revier 13. Dazu das Bild: ein schmaler Gang, feuchtwarme Luft, bröckelnde Steine, Nurmeln, Flüche, Gleichklang tappender Schritte von ferne, ein rotes Gesicht aus dem Halbdunkel, daneben am Fahrstuhl auf seinem Kasten der „Schlecker“, eine Stimme: „Nach Ort drei hängen lassen, fertig ... los ...“ Verschwindende Schatten, laut klatscht das Förderseil und vom Schacht her groffen fahrende Züge.

Wir „buttern“ zusammen, das Brot in Papier gewickelt, doch nur oben ein schmaler Rand bleibt. „Er“ nimmt einen langen Zug aus seinem „Blech“, der Kaffeepulle, streicht den schwarzen Schweiß von der Brust und erzählt dann ... Mit fünfzehn Jahren kam er her, von Polen, zu Kriegsonfang. Er mußte kuscheln, um nicht zu verrecken ... zehn Stunden ... und mehr ... unter Tag ... Dörngemüse und Kohlblätter ... ja, ja mein Lieber ...

„Er“ heißt „Kesevchriftus“. Einmal lag er in einer Stube und mußte „Kohlen pumpen“. Aufschende Kohlentürme in achtzig Meter schmalen Raum von oben. Er schob und drückte sie weiter, wo sie flauten, stemmte und schob. Die Lampe flackte Lichtstrefen. Er pumpte aus verzweifelter Einsamkeit und der schwarze Schweiß rann ihm von der Stirn in den Mund. Jesus-Maria, er war so allein! Da hatte er ein Gesicht: Aus den Kohlentürmen wuchs Christus, riesig hin, bis über Tag ... und drückte in großer Barmherzigkeit sanft die Erde auf ihr hinab.

Bei Schichtwechsel fand man ihn dann, unter Trümmer gepreßt, mit groffen, verwunderten Augen. Nun heißt er „Kesevchriftus“. Er ist klein, schmal, hat ein verkommenes Gesicht und unruhige Augen.

Ich sitze in „Anna“ auf einem Gezahrfasten neben den anderen. Der Schiefmann hat die Fändschur angelegt und „schleibt ab“. Dampf stoßen die Schiffe, hellen leiser nach. Eine Ratte springt auf, jemand lacht heiser. Wir tanzen Funken in den Augen. Duolmschwaden dringen vor. Schatten huschen „zum Ort“, Hämmer pochen,

Bagen keifen, Steine poltern, einer brüllt etwas, leuchtet nach mir, stößt mich hoch und drückt mich an eine Schaufel. Ich taste mich zu einem gebogenen Balken, über mir knistert leise die Erde.

Ich bin vor „Kohle“. Kein „Kumpel“ steht, ein unbeweglicher Schatten, und bohrt, und als er fertig ist, nehme ich die Lampe zwischen die Zähne und taste mich zu ihm. Wir sitzen uns gegenüber. Ich kann seine Züge nicht erkennen, nur die Augen leuchten weiß hervor und seine Stimme schwingt metallisch klar. Es ist der „Kadett“. Wars früher mal ... in Wien ... es kam aber mancherlei dazwischen: die Strauß-Wolzer und die Wiener Wädeln ... Aber gehns, nit so arg moralisch sein (und dann fast andächtig) ... bei uns daheim mäht man jetzt die Wiesen ...

Ich „pumpe wieder Kohlen“. In mir stöhnt alle gefesselte Qual auf ... die Wiesen bei uns daheim ... Sehnsucht und Rot schreit zu dir, Bruder über Tag, zum weiten, warmen, hellen Land, zum Ddrt der frischgemähten Wiesen.

Der Kunstschah des Arbeiters. Die Schenkung eines echten Wertes von Watteau an das Britische Museum durch einen Proletarier ist jedenfalls eine ungewöhnliche Tatsache. Sie hat sich aber jetzt ereignet. Ein englischer Arbeiter W. Rodgie stiftete dem Britischen Museum eine schöne Kreidezeichnung in Weiß und Rot von Watteau, und es ist dies nicht das erste Geschenk, das er den öffentlichen Sammlungen Englands macht. Rodgie, der den ganzen Tag über in einer Fabrik tätig ist und für seine Liebhaberereien nur wenig Geld übrig hat, ist ein eifriger Sammler von Büchern und Bildern. Bei seinen Käufen in seinen wenigen Ruhestunden ist er aber von großem Glück begünstigt, denn er hat schon so manche Seltenheit aufgefunden, die er den Museumsbeamten vorlegte und ihnen, wenn sie den Wunsch äußerten, überließ. So hat er der Bodleianischen Bibliothek ein seltenes gestochenes Porträt von Descartes geschenkt und auch andere Museen bedacht. Sein bedeutendster Fund war ein Paket mit alten Zeichnungen und Stichen, das er für zwei Schilling erkaufte. Darunter befand sich die Watteau-Zeichnung, deren Wert auf 100 Pfund geschätzt wird, sowie eine schöne Zeichnung Bouchers, die das Britische Museum erwarb. „Ich verwende meine ganze freie Zeit darauf, nach Büchern und Bildern zu suchen“, erklärte der kunstsinige Arbeiter. „Schon häufig habe ich solche Sachen dem Britischen Museum vorgelegt, viele von ihnen waren wertlos, aber bei anderen lohnte sich der Kauf. Besonders sammle ich Farbliche von Bazier und besitze eine gute Kollektion dieser seltenen Blätter. Wenn die Museen etwas von meinen Funden haben wollen, so gebe ich es ihnen gern, denn ich kann ihnen für ihre Auskünfte und für die Anlehnung, die ich von ihnen erhalten habe, nicht genug dankbar sein.“

Professor Hans Baluschek spricht auf Einladung der Volkshöhe am Sonnabend, den 14. abends 8 Uhr, im Hörsaal des Kunstgewerbmuseums, Prinz-Albrecht-Str. 7a, über das Thema „Bildende Kunst und Proletariat“. Eintrittskarten 60 Pf.

# Der Ruhrskandal.

## Erklärung Sollmanns im Reichstag.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung gab Genosse Sollmann außerhalb der Tagesordnung folgende Erklärung zum Ruhrskandal ab:

In zahlreichen Zeitungsartikeln und in mehreren offiziellen Erklärungen sind die sozialdemokratischen Mitglieder des zweiten Kabinetts Stresemann, die Abg. Robert Schmidt, Radbruch und Sollmann, für die großen Entschädigungszahlungen mitverantwortlich gemacht worden, die aus Anlaß der Ricum-Verträge lange nach dem Ausscheiden dieser Minister aus der Reichsregierung an die Ruhrindustrie gezahlt worden sind. Ein Teil der Presse erging sich dabei in beleidigenden Angriffen. Die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 55) sprach von einer „Unanständigkeit besonderer Art“; in ihrer Nr. 56 sprach sie von grenzenloser Heuchelei, von einer Heuchelei im doppelten Sinne und von einer Charakterisierung des sozialistischen Verleumdungselbzeuges. Die „Zeit“ (Nr. 40) nannte eine Erklärung der früheren Minister „sozialdemokratische Ausflucht“. Die „Kreuzzeitung“ (Nr. 64) nannte in einem von Georg Försich gezeichneten Aufsatz die früheren sozialdemokratischen Reichsminister Lügner und unterwarf ihnen demagogische Vorwürfe. Die „Rote Fahne“ überschrieb eine Notiz am 6. Februar „Sollmann und Schmidt leugnen“. Andere kommunistische Zeitungen beschimpften uns als Schwindler.

Gegenüber diesen beleidigenden Presseangriffen und gegenüber Unklarheiten in den offiziellen Veröffentlichungen stellen wir fest: Die früheren sozialdemokratischen Kabinettsmitglieder haben niemals an einem Kabinettsbeschlusse mitgewirkt, der als Grundlage für eine Bewilligung und Auszahlung von Entschädigungssummen an die Ruhrindustrie ohne Zustimmung der gesetzlichen Körperschaften dienen könnte. Die früheren sozialdemokratischen Minister haben am 20. Oktober 1923 lediglich einem Kabinettsbeschlusse zugestimmt, den den Reichsanwalt ermächtigte, mit den Ruhrindustriellen zu verhandeln, und zwar auf der Grundlage, daß das Reich den Industriellen die von diesen an die Franzosen und Belgier wirklich gemachten Leistungen gutzuschreiben und abtragen werde, wenn die Reichsfinanzen dies erlauben. Die selbstverständliche Voraussetzung war, daß dem Kabinett ein Vertrag vorgelegt werden würde, der die Belange des Reichs und die strenge Überprüfung der späteren Forderungen gewährleistete. Die weitere selbstverständliche Voraussetzung war, daß die Auszahlung der Summen nicht ohne einen zustimmenden Beschluß der gesetzlichen Körperschaften vorgenommen werden dürfte. Niemand ist in Gegenwart sozialdemokratischer Minister der Gedanke erwogen worden, der Öffentlichkeit und dem Parlament die Auszahlung von Entschädigungssummen zu verheimlichen.

An den Verhandlungen, die auf Grund jenes Kabinettsbeschlusses mit den Industriellen geführt worden sind, war kein sozialdemokratischer Minister beteiligt. Mit meinen Kollegen Robert Schmidt und Radbruch kann ich auch heute noch schwer glauben, daß diese Verhandlungen so wichtig waren, daß sie dem öffentlichen Geschäftsgang gerechtfertigt war. Jedenfalls hätten Klugheit und politischer und menschlicher Takt die Heranziehung auch des sozialdemokratischen Teils der Großen Koalition notwendig erscheinen lassen müssen. Als das Ergebnis der Verhandlungen am 1. November dem Reichskabinett vorgelegt wurde, haben sich die sozialdemokratischen Minister der Stimme enthalten. Wenn eine offizielle Erklärung dies aus der Demissionsstimmung zu erklären versucht und eine weitere offizielle Erklärung meint, daß darin eine Ablehnung der Verantwortung nicht zu erblicken sei, so stellen wir demgegenüber fest: der damalige Wiederaufbauminister Robert Schmidt hat in dieser Kabinettsitzung ausdrücklich gegen seine Fernhaltung von den Verhandlungen protestiert. Sowohl er wie der damalige Reichsminister des Innern Sollmann haben ihre Stimmhaltung ausdrücklich damit begründet, daß sie die Verantwortung für die Vorschläge nicht übernehmen könnten, weil bei der Blödsinnigkeit, mit der sie ihnen vorgelegt wurden, die Tragweite nicht zu überschauen sei. Das war eine klare Ablehnung der Verantwortung, und zwar aus durchaus sachlichen Gründen.

Auch in dieser Kabinettsitzung verlautete kein Wort darüber, daß an eine Auszahlung der Garantiesummen ohne Zustimmung der parlamentarischen Körperschaften gedacht werde. Sonst würden die sozialdemokratischen Minister auf das schärfste protestiert haben. Wenn noch immer in Zeitungsartikeln versucht wird, uns für die Verlegung des Budgetrechts verantwortlich zu machen, so empfinden wir dies als die Beschuldigung mit einem Staatsverbrechen, einer Beschuldigung, die für Demokraten besonders ehrverletzend ist.

Die „Deutsche Tageszeitung“ (Nr. 55) schreibt zu diesen Angelegenheiten: „Vor allen Dingen aber dürfte es eine Unanständigkeit besonderer Art sein, wenn man erst ein Jahr lang sein und faulerisch schweigend und dann aus politischen Gründen plötzlich den Entrüsteten spielt. Politische Gründe, und zwar parteigegensätzliche Natur sind es allein, die die Sozialdemokratie jetzt zu ihrem im Grunde doch lächerlichen Vorgehen bewegen.“

Gegenüber diesen Verdrehungen unserer Verwahrung stelle ich fest: Bis in die jüngste Vergangenheit haben weder die früheren sozialistischen Reichsminister noch die gesamte Verantwortlichkeit von den Auszahlungen an die Ruhrindustrie etwas erfahren. Regierungsmitglieder und Ruhrindustrielle haben bis tief in das Jahr 1924 den Eindruck erweckt, als würden die Ricum-Lasten nicht vom Reich, sondern von den beteiligten Industriellen getragen. Tausende von Arbeitern sind mit dieser Begründung entlassen, viele Angestellte sind mit dieser Begründung abgebaut worden. Die Verlängerung der Arbeitszeit bis zu der mörderischen Zwölfstundensicht und die Herabsetzung der Löhne wurden damit begründet, daß die Ricum-Lasten die Betriebe unrentabel machten. Am 31. März hielt der Reichsminister Jarres in Hagen eine Ansprache vor Vertretern der rheinisch-westfälischen Presse und sagte dabei nach den Zeitungsberichten: „Die Reichsregierung hat irgendwelche Handlungen über eine Verlängerung der Ricum-Verträge über den 15. April hinaus nicht geführt, kann sie auch nicht beschließen, denn das Reich ist ganz außerstande, die Lasten dieser Verträge zu übernehmen.“

Der jetzige Reichsanwalt Dr. Luther hat Ende März 1924 als Reichsfinanzminister gegenüber Gewerkschaftsvertretern u. a. erklärt: „... daß eine finanzielle Mitwirkung des Reiches zur Milderung der Lasten der Ricum-Verträge schlechterdings ausgeschlossen sei.“

Der Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat laut Zeitungsberichten am 6. April in einer Versammlung zu Kiel erklärt: „Am Dienstag sollen Verhandlungen zwischen der Ricum- und deutschen Industriellen stattfinden. Es werde vor aller Welt klar, daß das deutsche Reich nicht in der Lage ist, die Finanzlasten für die Fortführung des Ricum-Vertrages zu übernehmen.“

Ueber eine Sitzung des Reichskabinetts am 11. Juni mußte die Presse zu berichten: „Es erscheint der Reichsregierung unmöglich, daß von ihr der Industrie des besetzten Gebietes Erleichterungen bezüglich der Lasten gewährt werden könnten.“

Die ehemaligen sozialdemokratischen Reichsminister sind also nicht verantwortlich für den Abschluß des Abkommens zwischen Reichsregierung und Ruhrindustriellen, nicht für die Festsetzung der Entschädigungssumme, nicht für ihre Auszahlung, nicht für die Verletzung des Budgetrechts und nicht für die bis vor kurzem in der Öffentlichkeit herrschenden Meinung, daß die Lasten ganz oder überwiegend von den Industriellen und nicht vom Reich getragen wurden. Diese Tatsachen sind unauferhebbar.

# Der Tschekaprozess.

## Nervenzusammenbruch des Hauptangeklagten Neumann. — Eine Folge der kommunistischen Treibereien?

Leipzig, 13. Februar. (B.S.) Zu Beginn des heutigen dritten Verhandlungstages war im Sitzungssaal das Gerücht verbreitet, daß der Hauptangeklagte Neumann krank und nicht verhandlungsfähig sei. Als aber nach neun Uhr die Angeklagten in den Saal geführt wurden, befand sich auch Neumann unter ihnen, der allerdings sehr schlecht aussieht, und auf der Stirn eine handtellergroße blutunterlaufene Beule aufweist. Medizinalrat Dr. Thiele bemühte sich sofort um ihn. Man erfuhr, daß Neumann nach der Verhandlung am Mittwoch in der Nacht zum Donnerstag in seiner Zelle einen anscheinend epileptischen Anfall gehabt hat, wobei er sich in die Junge gebissen und beim Hinfallen auch die Stirnverletzung zugezogen hat. Der Vorfall erregte natürlich bei der Verteidigung größtes Interesse, da von den Anwälten von vornherein auf derartige Anfälle des Hauptangeklagten hingewiesen worden war.

Als bald nach Eröffnung der Sitzung teilte dann der Offizialverteidiger Neumanns, Dr. Goldstein, mit, daß sein Mandant einen Anfall erlitten habe, der als die Folge eines Nervenzusammenbruchs anzusehen und der anscheinend darauf zurückzuführen sei, daß von den übrigen Verteidigern in so außerordentlich rasch aufeinanderfolgender Form Vorhaltungen an Neumann gerichtet wurden, daß die Reden Neumanns nicht Stand hielten.

Außerdem lasse auf ihm der niedermetzliche Vorwurf seiner früheren Partei, daß er ein Ausschreiber und Spion sei, und im Dienst der bürgerlichen Gesellschaft stehe, dem gegenüber werde der Angeklagte Neumann den Nachweis führen, daß er bei seiner Vernehmung durch die Polizei nicht aus sich selbst heraus seine Genossen betraffe, sondern er auf die Vorhaltungen der Polizei geantwortet habe.

Erst nachdem er aus der Partei ausgeschlossen worden sei, habe er keine Veranlassung mehr gehabt, zu schweigen. Sein seelischer Zusammenbruch sei auch auf den am letzten Verhandlungstag gemachten Vorwurf der Korruption zurückzuführen. Der Verteidiger hat, die übrigen Angeklagten zu fragen, ob sie Neumann ins Gefängnis hinein den Vorwurf aufrecht erhalten wollten, daß er Gelder der Partei unterschlagen, und sich der Korruption schuldig gemacht habe.

Die übrigen Verteidiger widersprachen den Ausführungen Dr. Goldsteins. Dr. Goldstein verzichtete darauf auf die Frage, während der Vorsitzende gleichfalls das Erlöschen an die übrigen Verteidiger richtete, Neumann nicht durch gleichzeitig gestellte Fragen zu beunruhigen.

R. A. Dr. Wolf (Düsseldorf) erklärte hierzu, daß die kommunistischen Verteidiger das größte Interesse daran hätten, den Ursprung der belastenden Anklagen Neumanns aufzuklären.

Auf seinen Wunsch äußerte sich dann Gefängnisarzt Dr. Schüze (Leipzig) über den Anfall, den Neumann in der vorletzten Nacht gehabt hat. Nach dem Anfall habe Neumann nach seinen Angaben nach einer halben Stunde lang mit voller Besinnung dagelegen, ohne sich rühren zu können. Als er dann um Hilfe gerufen habe, sei er von den herbeieilenden Sanitätsbeamten mit Nitterbewegungen vorgefunden worden, die typisch für einen hysterischen Anfall seien, und zwar muß der Anfall etwa 20 bis 30 Minuten gedauert haben. Ein epileptischer Anfall komme seiner Ansicht nach nicht in Frage, ebenso habe er den Angeklagten für verhandlungsfähig. Dem widersprechen auch nicht die Tatsachen, daß Neumann sich in die Junge gebissen habe, was auch bei hysterischen Anfällen sehr leicht vorkomme, eine Feststellung, die von der Verteidigung angezweifelt wird. Im übrigen weist der Sachverständige darauf hin, daß er ein endgültiges Urteil über diesen Anfall erst nach einigen Tagen einer weiteren Beobachtung des Erkrankten abgeben könne.

R. A. Dr. Wolf bemängelt bei diesem Gutachten, daß der Sachverständige die Möglichkeit eines epileptischen Anfalles ablehne, obgleich er nicht einmal die Pupille des Angeklagten Neumann nach

dem Anfall untersucht habe, um so mehr, als der Arzt, wie der Verteidiger betont, sich lediglich auf die Angaben des Gefängnisbeamten verlassen habe, der Neumann nach seinem Anfall Hilfe geleistet habe.

R. A. Dr. Somter hat um eine sofortige Untersuchung des Neumann, während Dr. Wolf die Anregung gab, den Angeklagten zur Beobachtung einer Irrenanstalt zu überweisen, wo er unter ständiger ärztlicher Bewachung stehe. Der Sachverständige Dr. Schüze hielt das für unzumutbar und betonte, daß selbst bei Epilepsie bei Neumann noch nicht der § 31 auf ihn in Anwendung zu bringen sei. Der Gerichtsarzt Dr. Thiele (Berlin) schloß sich diesen Darlegungen an und erklärte ebenfalls, daß Vorliegen eines hysterischen Anfalles für wahrscheinlich.

Neumann selbst erklärte, daß er nach der letzten Verhandlung sehr erschöpft und erregt gewesen sei, so daß er die ganze Nacht nicht habe schlafen können. Nach dem Anfall sei er wohl erschöpft, fühle sich aber heute durchaus verhandlungsfähig.

Dr. Schüze stellte dann auf Wunsch der Verteidigung aus dem Krankenakten des Angeklagten Neumann fest, daß das Hauptkrankenbuch des Reservelazarets in Buzen bei Neumann wohl den Bernert „Epilepsie“ enthalte, daß dagegen das betreffende Krankenblatt keinen solchen Hinweis enthalte. Im Garinonilazarett Tempelhof habe Neumann nur hysterische Anfälle gehabt. Auf Anregung der Verteidigung soll der damalige behandelnde Arzt aus dem Lazarett Tempelhof, Dr. Friedländer als Zeuge und Sachverständiger geladen werden.

Hierauf wurde in der Vernehmung des Angeklagten Neumann fortgefahren, und zwar äußert sich dieser zunächst auf Befragen des Vorsitzenden über die

### Sprengstoffbeschaffung für die L-Gruppen.

Er bekundet, daß nach dem Zusammentritt der Gruppe eines Tages Margies zu ihm gekommen sei, und ihm mitgeteilt habe, er hätte eine Lieberbindung Sprengstoff beschlagnahmt, die an den Waffenleiter, Berlin, gerichtet worden sei. Ferner habe der Angeklagte Margies nach einer Rücksprache mit ihm, Neumann ihm Sprengstoffe und Waffen geliefert, die ihm in einem Paket von einem Mann namens Wehmann in seine damalige illegale Wohnung gebracht worden seien.

Vorl.: Es handelt sich um 58 Sprengkapseln, 4 Pfeilhandgranaten, 6 Paq Retroit, 7 Kilogramm Sprengladung, 5 Meter Blindschur und 37 Blindkappen. Außerdem lagen dieser Sendung die Hefte 1 bis 4 vom „Bürgerkrieg“ bei. Rager soll diese Sprengstoffe bei dem Verbindungsmann Wüffelmann in dessen Einsparung versteckt haben.

Angekl. Neumann: Ob das im Eisschrank versteckt war, weiß ich nicht. Wüffelmann ist Verbindungsmann zwischen dem Reichswaffenlager Ploß und dem Waffenlager Berlin.

Es trüpfen sich hieran längere Auseinandersetzungen, ob diese Prozeduren vom Bürgerkrieg im freien Handel zu haben waren. Neumann will hierüber nicht orientiert sein. Nach Ansicht der Reichsanwaltschaft wurde sie in verschiedenen kommunistischen Buchhandlungen beschlagnahmt, und auch der Angeklagte Hule erklärt, er habe in der Nähe des Alexanderplatzes in Berlin einen kommunistischen Buchhändler mit einem ganzen Stroh dieser Prozeduren handeln sehen. Rechtsanwalt Dr. Brandt regt an, hierzu diesbezügliche Befragungen von der Abteilung I A in Berlin einzuziehen.

Vorl.: Die L-Gruppen hatten drei Kraftwagen zur Verfügung? Angekl.: Nein, die L-Gruppen hatten nur einen. Die Partei hatte drei Kraftwagen, einen Harz, einen Bergmann und einen Presto, deren offizieller Besitzer ein gewisser Sobbe war, dem aber die Wagen abgenommen wurden, weil er im Verdacht stand, Verbindungen mit der Polizei zu unterhalten.

Vorl.: Gabbe soll auch ein früherer Kommunist und angeklagt auch einmal Polizeipräsident von Frankfurt a. d. O. gewesen sein. Hierauf tritt eine Pause ein.

Auf die nationalistischen und kommunistischen Zeitungen, die diesen klaren Tatbestand fälschen und verdrehen, treffen in vollem Maße die scharfen Worte zu, die der Herr Abgeordnete Dr. Becker vorgetern an dieser Stelle gegen ein anderes Blatt geprägt hat. Diese nationalistischen und kommunistischen Blätter vergiften den politischen Kampf, sie fälschen die öffentliche Meinung und verletzen die Ehre ihrer politischen Gegner so furchtbar, daß ihnen Verantwortung und Ehrgefühl bedenklich zu mangeln scheinen.

## Die Geschäfte der Staatsbank.

### Der Finanzminister vor dem Untersuchungsausschuß.

Angelehnt des gestrigen Zwischenalles im preussischen Untersuchungsausschuß für die Barmat-Kutischer-Affäre ist heute im Hause eine Schutzmaße von einem Major und zwölf Beamten vom Berliner Polizeipräsidium anwesend.

Vorsitzender Dr. Leidig eröffnete gegen 10 Uhr 15 Minuten die Sitzung und gibt zunächst vor Eintritt in die Tagesordnung dem Abg. Stoll (Komm.) das Wort zu der Erklärung, daß der Abgeordnete Kollwig sich beschwerdeführend an den Vorkommensauschuß gewandt habe.

Es wird darauf in die Vernehmung des Finanzministers v. Richter eingetreten. v. Richter erklärt, er habe, als er Finanzminister wurde, das Aufsichtsrat gegenüber der Staatsbank in derselben Weise geübt, wie es von seinen Vorgängern geübt worden ist. Diese Herren hätten auf dem Standpunkt gestanden, daß es unmöglich sei, daß die Geschäfte der Staatsbank seitens des Finanzministeriums einzeln beaufsichtigt werden könnten.

Abg. Waentig (Soz.): Im Juli vergangenen Jahres hat der Preussische Landtag beim Etat des Finanzministeriums auch den Etat der Staatsbank vorgelegt erhalten. Sind dem Finanzminister nicht damals schon über die Angelegenheit der Kreditgewährung der Staatsbank an Barmat und Kutischer Angaben gemacht worden?

v. Richter: Zur Zeit der Etatsberatung im Preussischen Landtag waren die hier zur Sprache stehenden Vorgänge den höheren Beamten der Staatsbank nicht bekannt und konnten selbstverständlich auch mir noch nicht bekannt sein.

Abg. Dr. Waentig (Soz.): Ich möchte den damaligen preussischen Finanzminister v. Richter fragen, wann ihm bekannt geworden ist, daß die Zustände in der Staatsbank von den normalen abgewichen waren.

Zeuge v. Richter: Während der Etat der Staatsbank im Preussischen Landtag beraten wurde, habe ich selbstverständlich von diesen Zuständen keine Kenntnis gehabt.

Abg. Waentig (Soz.): Der Finanzminister hat damals im Landtag gesagt, es sei

keine Möglichkeit vorhanden, für den Preussischen Staat Kredite zu bekommen;

man müsse daher die Hauszinssteuer erhöhen, um Mittel für notwendige Ausgaben flüssig zu machen. Hat der Preussische Staat tatsächlich in einer Zeit, wo von der Seehandlung Kredite an mehr oder weniger zweifelhaften Konzerne gegeben worden sind, von derselben Bank keine Gelder erhalten können?

Finanzminister a. D. v. Richter: Die Seehandlung als Bankinstitut möchte den größten Wert auf ihre Liquidität legen. Für den Preussischen Staat hätte es sich nur um langfristige Kredite handeln können. Uebrigens hätte ich mich als Finanzminister niemals darauf eingelassen, Mittel, die ich für die Erhöhung

der Beamtengelder brauche, etwa auf dem Kreditwege herinzubekommen, das wäre der Anfang einer unsoliden Finanzpolitik.

Auf weitere Fragen des Abg. Waentig (Soz.) erwidert Finanzminister v. Richter: Kurzfristige Kredite hat der Preussische Staat von der Seehandlung immer bekommen. Als Finanzminister habe er nur einmal einen Empfehlungsbrief zugunsten des Abg. Heilmann an den Präsidenten der Staatsbank Schröder gerichtet. Heilmann, so fährt der Zeuge fort, sagte mir damals, er kenne den neuen Staatsbankpräsidenten Schröder nicht, habe aber geschäftlich mit ihm zu sprechen. Ob er dabei den Namen Barmat genannt hat, weiß ich nicht mehr. Heilmann hat mich um eine Einführung beim Staatsbankpräsidenten, die ich ihm selbstverständlich zusagte, weil ein Minister ein gewisses Entgegenkommen gegenüber einem einflussreichen Abgeordneten nicht gern vermissen läßt. Selbstverständlich habe ich in meiner Empfehlung für Heilmann sachlich nicht Stellung genommen zu dem, was Heilmann vom Staatsbankpräsidenten wollte. Ich hätte das auch nicht gekannt, weil mir diese Verhältnisse nicht so bekannt waren, um mir überhaupt ein Urteil darüber zu erlauben.

Vorsitzender Dr. Leidig verliest dann das Schreiben Heilmanns an v. Richter, das folgenden Wortlaut hat:

„Sehr verehrter Herr Minister! Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie meinem Freund Julius Barmat, einem Großkaufmann, der bisher mit der Staatsbank in Beziehungen gestanden hat, auch dem neuen Präsidenten der Staatsbank zu wohlwollender Berücksichtigung empfehlen wollten.“

Dieses Schreiben ist vom 31. März 1924 datiert. Auf der Rückseite des Briefes hat am 5. April 1924 Finanzminister v. Richter an den Präsidenten der Staatsbank folgendes geschrieben:

„Beifolgend beehre ich mich, Ihnen ein mir vom Abg. Heilmann übermitteltes Schreiben ebenfalls weiterzugeben und wäre Ihnen zu Dank verbunden, wenn Sie dem Anliegen des darin erwähnten Herrn Barmat entgegenkommen und ihm zu einer Unterredung Gelegenheit geben würden.“

Finanzminister v. Richter erklärt auf eine entsprechende Frage des Abg. Waentig (Soz.): Als ich von den Kreditgewährungen der Staatsbank an Barmat und Kutischer Kenntnis erhielt, hat die Seehandlung gleichzeitig von selbst mitgeteilt, was sie über die betreffenden Herren auch vom Polizeipräsidium in Erfahrung gebracht hat. Irgendwelche weitere Erkundigungen sind in dieser Angelegenheit vom Finanzministerium direkt nicht eingebracht worden. Abgesehen vom Abg. Heilmann habe ich niemals mit irgend-einer politischen Persönlichkeit über Kutischer und Barmat gesprochen.

## Verhaftung des Justizrat Werthauer.

### Vernehmung durch den Richter.

Im Laufe des gestrigen Prälatens ist, wie die B.S.-Korrespondenz mitteilt, Justizrat Dr. Johannes Werthauer, von Dresden ankommend, in Berlin auf dem Anhalter Bahnhof verhaftet worden und nach seiner Festnahme in das Polizeipräsidium gebracht worden. Heute vormittag fand durch den zuständigen Richter, Landgerichtsrat Schneider, die erste Vernehmung statt, von der es abhängen wird, ob der bekannte Rechtsanwalt wieder auf freien Fuß gesetzt wird, oder ob die Notwendigkeit besteht, endgültig Haftbefehl über ihn zu erhängen.



# Bei den Opfern der Grubenkatastrophe

Wie von der Verwaltung der Zeche „Minister Stein“ mitgeteilt wird, hält heute die Untersuchungskommission eine Vorbesprechung über die Explosionsursache ab. Die Bergungsarbeiten gestalten sich durch die zu Bruch gegangenen Strecken weiterhin schwierig. Bis heute früh 10 Uhr waren 121 Tote geborgen.

Die Rettungsarbeiten auf der Zeche „Minister Stein“ mußten um Mitternacht unterbrochen werden, nachdem die Bergungsmannschaften bis an die zu Bruch gegangenen Strecken bei der ersten Sohle herangekommen waren. Hier herrschte ständige Luft, so daß mehrere Leute von den giftigen Schwaden, die sich hier versammeln, in tiefe Ohnmacht fielen. Es wurden sofort mit Sauerstoffapparaten Wiederbelebungsvorläufe angestellt, die erfolgreich waren. Ein weiteres Vordringen kann erst nach guter Weiterführung in Angriff genommen werden, zumal noch große Gefahr besteht. Bis Freitag morgen sollen sich noch etwa 15 Leichen unter Tage befinden.

**Dorimund, 13. Februar, (Eigener Drahtbericht.)** Eine ungeheure Menschenmenge erwartete vor Mitternacht den aus Karlsruhe eintreffenden Reichskanzler Dr. Luther. In seiner Begleitung befand sich Staatssekretär Kempner. Anwesend waren ferner der Oberbürgermeister, Vertreter der Bergbehörden, der leitende Direktor der Zeche „Minister Stein“, Bergassessor Brandt u. a. Im Hauptverwaltungsgebäude erklärte Bergassessor Brandt an Hand von Karten dem Reichskanzler die betroffenen Grubenfelder. Sodann wurde die Fahrt zum Unglücksort fortgesetzt. Die kommunistischerseits geplanten Demonstrationen sind unterblieben. Nach einer kurzen Besprechung im Sitzungszimmer begaben sich die Herren zunächst zur Totenkammer, wo überall an den Wänden leuchtende Grubenlampen ein mattes Licht verbreiteten. Es wurde ein Rundgang durch die Reihen der Aufgebahrten angetreten, deren Gesichter während der Besichtigung freigelegt waren. Bei allen ist durch die Totenstarre inzwischen das Gesicht teilweise stark gerötet. Der Reichskanzler zog hier Auskünfte ein und wurde dann zu dem großen Maschinenhaus geleitet, wo er sich bei den anwesenden Rettungsmannschaften nach dem Stand der Arbeiten erkundigte.

### Die Hilfsaktion.

Anlässlich des Grubenunglücks auf der Zeche „Minister Stein“ hat die Reichsgeschäftsstelle der Deutschen Rothilfe, Berlin W. 8, Wilhelmstr. 62, auf dringendes Ersuchen des Regierungspräsidenten in Arnberg im Einverständnis mit den maßgebenden Behörden eine Hilfsaktion für die notleidenden Hinterbliebenen eingeleitet. Spenden werden erbeten an die Zentrale der Deutschen Bank, Berlin, Konto „Deutsche Rothilfe, Dortmund Grubenkatastrophe“, oder auf das Postkontokonto der Deutschen Rothilfe, Berlin, Nr. 420. Außerdem hat die Reichsgeschäftsstelle aus eigenen Beständen als erste Hilfe 10 000 M. zur Verfügung gestellt.

### Die Veriefelung der Stollen.

Von unentgeltlicher fachmännischer Seite wird uns geschrieben:

Bei der Untersuchung über die Ursache des Unglücks ist festzustellen, ob eine ordnungsmäßige Veriefelung stattgefunden hat. Schlagwetterexplosionen entstehen durch das Auftreten und die Entzündung von Kohlenstaub. Zur Verhinderung der Explosion muß eine andauernde Veriefelung der Stolle stattfinden. Wenn auch das preussische Oberbergamt in Dorimund schon mitgeteilt hat, daß die vorgeschriebenen Veriefelungsanlagen vorhanden waren, so bleibt die entscheidende Frage übrig, ob eine ordnungsmäßige Veriefelung auch tatsächlich stattgefunden hat. Es kommt oft vor, daß die für die Veriefelung angestellten Arbeiter nur eine Veriefelung der Hauptstollen vornehmen und die Veriefelung der eigentlichen Arbeitsstollen unter stillschweigender Zustimmung des Steigers unterlassen. Dies hat seinen besonderen Grund. Bei einer Veriefelung rutschen die Kohlenwägen oft aus den nassen Schienen heraus, und es ist eine mühselige und langwierige Arbeit, die Wagen wieder zum Rollen zu bringen. Die „Kumpels“ haben deshalb ein großes Interesse daran, daß eine Veriefelung ihres Stollens nicht stattfindet, damit die Wagenzufuhr keine Behinderung erleidet und sie nicht durch das Sinken

der Wagenziffer eine empfindliche Schwämerung ihres Verdienstes erleiden. Der Steiger, der an einer möglichst großen Förderziffer seines Reviers ebenfalls stark interessiert ist, gibt deshalb den mit der Veriefelung beauftragten Personen von hinten herum zu verstehen, daß sie sich bei ihrer Arbeit nicht allzu sehr anstrengen sollen. Deshalb findet gewöhnlich nur eine gründliche Veriefelung der Hauptstollen statt. Die Untersuchungskommission wird ihr Augenmerk vor allen Dingen auf diese Frage richten müssen. Die mit der Veriefelung beauftragten Personen sind einem eindringlichen Verhör zu unterziehen, ob sie auch tatsächlich alle Tage die Arbeitsstollen gründlich veriefelt haben. Allerdings kann, wenn hier irgendwelche Mißstände festgestellt werden, nicht den mit den Dingen direkt beschäftigten Personen die Schuld aufgebürdet werden. Diese liegt eben darin, daß der Bergmann, wenn er einen genügenden Verdienst erreichen will, die gesetzlichen Vorschriften unter Nichtachtung des Lebens oft umgeht.

### Englische Beileidsbezeugungen.

Der Generatrat des englischen Gewerkschaftskongresses beauftragte seinen Sekretär, den Angehörigen der Bergleute, die ihr Leben verloren haben, den Ausdruck des Beileids zu übermitteln. — Die Bergarbeitergruppe der englischen Arbeiterpartei hat an die Bergarbeiterorganisation in Bochum ein Telegramm geschickt, in dem sie ihr aufrichtiges Mitgefühl mit den Hinterbliebenen der bei der furchtbaren Grubenkatastrophe ums Leben gekommenen Bergleute zum Ausdruck bringt.

### Straßenszene.

Ein Mann in Arbeiterkleidung führt ein Pferd am Halfter. Das Pferd ist kreuzlahm und seine Hinterbeine sind wie gelähmt, so daß es kaum vorwärts kann. Die Rippen stehen ihm aus dem Leib, das Fell ist garstig und abgehunden von den Seilen. Es trottet es ganz langsam dahin und läßt den Kopf kraftlos hängen. Man weiß wohl den Weg geht. Der Mann neben dem Pferd geht langsam, Schritt für Schritt. Ab und an bleibt er stehen und streichelt das alte, ausgemergelte Pferd. Das ist, als ob er von ihm Abschied nehmen oder als ob er ihm, dem langen, treuen Kameraden, den Weg leichter machen wolle, den letzten Weg zum Schinder.

Und man denkt, wenn man diese Szene sieht, an zahllose Berliner Keller und ganz kleine Läden, in deren Fenstern kleine Pappschilde hängen mit der Aufschrift: Hier werden kleine Fuhrer gefahren. Vor diesen Kellern und Läden sieht man häufig klapprige Wagen stehen mit einem müden, abgetriebenen Gaul davor. Das Pferd muß viel arbeiten, den Hausrat „kleiner Leute“ oder Kohlen transportieren und Gepäck auf den Bahnhof bringen. Futter gibt es nur wenig. Für diese kleinen Fuhrer wird nur wenig bezahlt, und der Pferdebesitzer kann seinem Gaul nur das Allernotwendigste an Futter leisten und liefern. Und invalide ist der Gaul meistens schon, wenn er von dieser Art Fuhrherren erstanden wird. Für junge und noch unverbrauchte Tiere haben diese Menschen kein Geld.

So einer war auch der Begleiter des alten Pferdes, das zum Schinder gebracht wird. Der zahlt ihm ein paar Mark für das Fleisch, und dann ist der Fuhrherr sein Pferd und seinen Verdienst los. Ein anderes Pferd kann er sich vorläufig nicht leisten, und wer gibt „so einem“ Kredit, wer leiht diesem Mann Geld zum Pferdekauf? Langsam, Schritt für Schritt, zuteln die beiden über die Straßen. Autos flitzen vorbei und Equipagen mit feurigen Kesseln rollen an ihnen vorüber. Aber niemand blinzelt auf, beachtet sind. Die Szene ist nicht neu, selten oder gar sensationell. Alles das ist ja alltäglich und zu gewöhnlich...

### Der Ingenieur als „Kriminalbeamter“.

Ein falkischer Kriminalbeamter trat in der vergangenen Nacht in der Nürnberger Straße auf. Bei dem Pförtner eines Hauses, in dem sich ein Pensionat befindet, erschien um 2 1/2 Uhr ein gut gekleideter Mann und verlangte Einlaß mit der Begründung, daß er beauftragt sei, das Pensionat zu kontrollieren. Er sei Kriminalbeamter und seine Behörde habe erfahren, daß in dem Pensionat gespielt und Geheimbündel betrieben würde. Der Pförtner wies den Mann ab. Es gelang ihm aber nicht, ihn zu ent-

fernen. Deshalb rief er das Ueberfallkommando Charlottenburg an, weil der Zutritt mit dem zudringlichen „Beamten“ im Hause mehr und mehr Aufregung hervorrief. Das Kommando und Beamte des 127. Regiments brachten den angeblichen Kriminalbeamten nach der Rentenwache und stellten ihn hier als einen Dr. Ing. B. fest. Der Mann war betrunken. Er wurde vorläufig der Kriminalpolizei übergeben.

### Die Räuberhöhle im Wald.

#### Zuchthaus für jugendliche Verbrecher.

Mit einem Stück Räuberromantik waren die Straftaten wüchsiger Burschen, im Alter von 18 und 19 Jahren, unwohl, die sich in der Person der Arbeiter Willi Millart, Kurt Carow und Georg Schönrock vor dem großen Schöffengericht Mitte zu verantworten hatten. Sie waren angeklagt wegen verübten schweren Raubes in Verbindung mit Gewaltanwendung und Körperverletzung, sowie Bandendiebstahls.

Die drei Angeklagten stammen aus Berleberg. In dem dortigen Gefängnis hatten sich Millart und Carow kennengelernt und wurden ziemlich zu gleicher Zeit entlassen, Carow, weil er für die Reststrafe Bewährungsfrist erhielt. Seinem Gefängnisfreunde machte Carow vor der Entlassung den Vorschlag, in Berlin ein „Ding zu drehen“. Er habe einen Anteil in der Frankfurter Straße, bei dem viel Geld zu holen sei. Als dritten im Bunde warben die jugendlichen Verbrecher ihren gleichaltrigen Freund Schönrock an. Mit einem Parabelumreißer ausgerüstet begaben sich die drei auf ihren Raub nach der Reichshauptstadt. Sie haben früher gestanden, daß sie mit der Schußwaffe jeden Widerstand brechen wollten. Carow verschaffte sich Eingang in die Wohnung seines Anteils, in der nur die Wirtschafterin allein da war, während die anderen draußen Schmiere standen. Wie ein wildes Tier stürzte sich Carow auf die schwache Frau, schlug ihr mit der Waffe auf den Kopf, so daß sie blutüberströmt in die Knie sank. Als das Opfer laut um Hilfe schrie, hämmerte er weiter auf sie ein, so daß er die Schädeldecke zertrümmerte, Knochenplitter drangen in das Gehirn ein. Da die Frau aber weiter schrie, und ihm auch in den Finger biß, bekam er es mit der Angst und lief weg. Er und Schönrock entkamen, während Millart ergriffen wurde. Die beiden anderen flohen nach Bernau, hörten hier aber, daß sie schon von der Polizei gesucht würden. Nun stüchteten sie in die Heide und bauten sich einen Unterstand in Form einer Höhle mitten im Walde. Von hier aus unternahm er Raubzüge, aus Lauben schafften sie Säuer, einen Tisch, einen Kochherd und Stühle in die Räuberhöhle. Sie beabsichtigten auch noch weitere Verbrechen. So wollten sie eine Scheune anzünden und dann beim Brandmeister, einem reichen Schmied, einen Einbruch verüben. Ferner ging ihr Plan dahin, Draht über die Chausseen zu ziehen und Autos fallen zu errichten. Zur Ausführung dieser Verbrechen kam es jedoch nicht mehr. Eines Tages liehen sie die Fußspur des Försters in der Nähe ihrer Höhle. Aus Furcht vor Entdeckung flüchteten sie. Auf einem Bauernhof schliefen sie Gänse, die sie abschlohten und nach Berlin in die Wirtshölle brachten, wo sie Carow dreißig zum Verkauf aufstellte. Er hatte schon vier Gänse verkauft, als ein Beamter sich einmischte und ihn feststellen lassen wollte. Aus Furcht vor Entdeckung ließ er die Gänse im Stich und flüchtete. Er wurde jedoch ergriffen, und so endete die Räuberlaufbahn des gefährlichen Kleeblattes. Vor Gericht benahm sich Carow ungemein frech, brach aber weinend zusammen, als der Staatsanwalt gegen ihn 10 Jahre Zuchthaus beantragte. Das Schöffengericht verurteilte Carow zu 8 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, Millart zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust und Schönrock zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust.

### Kein königliches Amtsgericht Pankow.

In der Nummer 38 unseres Blattes vom 23. Januar dieses Jahres hatten wir mitgeteilt, daß in der Nummer 7 des „Berliner Norden“ eine Abschrift des Urteils in einer Privatklage sache veröffentlicht war, die die Unterschrift trug: königliches Amtsgericht Berlin-Pankow. Unsere Angaben hatten berechtigtes Aufsehen erregt, und an verschiedenen maßgebenden Stellen hatte man sich mit dieser in einer Republik unerhörten Tat sache beschäftigt. Nunmehr teilt uns der Präsident des Landgerichts III in Berlin folgendes mit: „Die in dem Artikel „Ein königliches Amtsgericht“ in Nr. 38 des „Vorwärts“ vom 23. Januar 1925 enthaltene Mitteilung ist unrichtig. Nicht in einer Bekanntmachung des Amtsgerichts Berlin-Pankow, sondern in der Veröffentlichung der Formel eines in einer Privatklage sache ergangenen Urteils, die auf Betreiben der Partei in Nummer 7 des „Berliner Norden“ erfolgt war, wurde das Amtsgericht Berlin-Pankow als „königliches“ bezeichnet. In der veröffentlichten Abschrift fand sich der Fehler nicht. Es bezieht, wie die Schriftleitung des Blattes bezeugt, auf einem Versehen des Setzers und ist umgehend in der Nummer 8 des

# Besonders preiswerte Angebote

Verkauf nur soweit Vorrat		Mengenabgabe vorbehalten	
<b>STEINGUT</b>	<b>weiss</b> mit kleinen Fehlern	<b>PORZELLAN</b>	<b>bunt</b>
Satz Salatièren weiss Steingut 6 teilig ..... 95 Pf.	Speiseteller ..... 20 Pf.	Tassen mit Untertassen, weisses Porzellan .. 8 Pf.	Tafelservice 2 teilig, 6 Personen, 29.50
Kaffeekannen bunt, Basenmuster 1.35	Abendbrotteller ..... 15 Pf.	Tassen mit Untertassen, buntes Porzellan 10 Pf.	Kaffeeservice 9 teilig, 6 Personen 4.80
Teekannen bunt, Basenmuster ..... 1.35	Kompotteller ..... 10 Pf.		Kaffeeservice 5 teilig, 2 Personen 2.75
Kannen für Schokolade, bunt, Basenmuster 75, 95 Pf. 1.20	Kartoffelschüsseln ..... 1.65		Kuchensätze 7 teilig ..... 1.75
Speiseteller weiss Steingut, 6 teilig .. 12 Pf.	Tassen mit Untertassen, Goldrand ..... 28 Pf.	Kaffeebecher buntes Porzellan 20, 25 Pf.	Kompotteller glas 8, 10 Pf.
Tassen weiss Steingut ..... 10 Pf.	<b>WIRTSCHAFTSARTIKEL</b>		Kompottschüsseln glas 10 Pf.
Untertassen weiss Steingut, 3 Stück ..... 10 Pf.	<b>Aluminiumwaren</b>	<b>Stahlwaren</b>	Satz Salatièren 5 teilig ..... 1.25
<b>Emaillwaren</b>	Scheren zum Ausschneiden ..... 35, 45 Pf.	Aluminium-Kaffeelöffel ..... 5 Pf.	<b>Holzwaren</b>
Wassereimer ..... 1.10 1.45	Rönigskuchenformen 30 Pf. 38 Pf. 55 Pf. 65 Pf.	Aluminium-Esslöffel ..... 10 Pf.	Aermelplättbretter bezogen 90 Pf.
Spülwannen rund ..... 1.90		Alpaka-Kaffeelöffel ..... 40 Pf.	Plättbretter bezogen ..... 4.50 4.85
Wasserkonsol mit Mass ..... 1.10		Alpaka-Esslöffel ..... 65 Pf.	Schlüsselleisten ..... 25 Pf. 35 Pf.
Sand-Seife-Soda-Konsol ..... 2.00			Kammkasten ..... 35 Pf.
Mülleimer Emaille mit Deckel 2.75	Frankfurter Allee	Frankfurter Allee	Gewürzetasere 6 Teiler 95 Pf.
Brotbüchsen Emaille oval 6.50 8.75	<b>H E R M A N N</b>		Kleiderbürsten Coosse 30 Pf.
Rüchenlampen Emaille 1.10 1.00			Wärmflaschen ..... 2.25

